

„Das Volk vom sozialistischen Wahn freimachen!“ –

Die Tagung des Reichsverbandes der Industrie und der Arbeitgeberverbände im März 1924

Autor Reiner Zilkenat

Es ist angerichtet. Der vor kurzem eingeweihte Große Festsaal in der Berliner Kroll Oper, am heutigen Platz der Republik gelegen, ist bis auf den letzten Platz gefüllt. In der ersten Reihe sitzt fast die gesamte Reichsregierung mit Kanzler Wilhelm Marx an der Spitze. Anwesend sind ebenfalls der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Hans von Seeckt, andere hohe Offiziere, geistliche Würdenträger, Wissenschaftler, zahlreiche Unternehmer und Bankiers, Vertreter von Industrieverbänden sowie von Industrie- und Handelskammern. Auf der Bühne haben unter anderem Platz genommen Dr. Albert Vögler, der starke Mann des Stinnes-Konzerns, und Ernst von Borsig, Großindustrieller aus Berlin. Wir schreiben den 27. März 1924 und sind Zeugen der gemeinsamen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VgDA).

Die beiden mächtigsten Interessenverbände der deutschen Bourgeoisie, in denen die Großindustriellen den Ton angeben, drängt es danach, angesichts der vor wenigen Monaten beendeten Hyperinflation, angesichts der bevorstehenden Neuregelung der Reparationen sowie der am 4. Mai anberaumten Reichstagswahlen Klartext zu reden: Sie wollen vor aller Öffentlichkeit unmissverständlich darlegen, wohin der künftige Weg der Weimarer Republik gehen soll. Albert Vögler wird in seinem Referat „Wirtschaft und Staat“ die Grundlagen des gewünschten wirtschaftspolitischen Kurses abstecken. Ernst von Borsig wird unter der Themenstellung „Industrie und Sozialpolitik“ die Rücknahme der während der Novemberrevolution von der Arbeiterklasse erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften fordern.

Diese „Heerschau großen Stils“ der deutschen Industrie, ein „Großkampftag erster Ordnung“ – so bezeichnet die bürgerliche

„Vossische Zeitung“ die Veranstaltung¹ – soll nicht zuletzt den Regierenden klarmachen, nach welcher Blaupause sie zukünftig die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik Deutschlands zu organisieren haben.

„...die Arbeiterschaft mit nationalem Geist erfüllen...“

Nach den Grußansprachen des Reichskanzlers Wilhelm Marx (Zentrum), des Wirtschaftsministers Eduard Hamm (Deutsche Demokratische Partei) und des Arbeitsministers Heinrich Brauns (Zentrum) tritt Albert Vögler an das Rednerpult. Und er nimmt kein Blatt vor dem Mund.² Er sichert der bestehenden staatlichen Ordnung zwar die „freudige“ Unterstützung der Industrie zu, allerdings nur dann, wenn „der Staat den Kampf gegen den Klassenhass aufnimmt und er das Volk von dem sozialistischen Wahn freimacht“. Sie müsse „von der Regierung Sicherheit und die Gewähr für den ruhigen Fortgang der Wirtschaft verlangen“. Die Industrie lege ferner „den größten Wert auf die geistige Erneuerung unseres Volkes“. Sie bestünde darin, „die alten Grundsätze bewährter Wirtschaftsführung wiederherzustellen und in Einklang zu bringen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen“. Und weiter: „Die sozialpolitische Hetze der letzten dreißig Jahre hat zum schweren Schaden der Arbeiterschaft und unseres ganzen Volkes, die Wirtschaft eingeschlossen, geführt. Die Parole des Klassenkampfes hat letzten Endes den Zusammenbruch des Staates herbeigeführt. Die Industrie musste zu dem nachrevolutionären, von der sozialistischen Tendenz beherrschten Staat, in Opposition treten.“ Zukünftig müsste „die Arbeiterschaft wieder mit nationalem Geist“ erfüllt werden. Es müssten „unsere Arbeiter und Angestellten fest zu ihren (!) Betrieben halten. Sie müssen und werden zu der Überzeugung kommen, dass in der Privatwirtschaft auch für sie die ertragreichste Wirtschaftsform gebildet ist. Die Auseinandersetzungen über Lohn- und Tariffragen werden bleiben. Aber sind sie beendet, dann wollen wir uns finden im gemeinsamen nationalen Denken.“

¹ Der Tag der Industrie, in: Vossische Zeitung, Nr. 150, 1. Morgen-Ausgabe, 28.3.1924, S. 1f.

² Die Rede Albert Vöglers wird hier zitiert nach den Auszügen in der Vossischen Zeitung, Nr. 149, Abend-Ausgabe, 27.3.1924, S. 3 u. ebenda, Nr. 150, 1. Morgen-Ausgabe, 28.3.1924, S. 1 sowie im Vorwärts, Nr. 144, Morgen-Ausgabe, 28.3.1924, S. 1f.

Diese Töne treffen den Nerv des Auditoriums. Am Ende seiner Rede erntet Vögler minutenlange Ovationen. Seine politische Botschaft lautet im Klartext: Die Zeit der Kompromisse mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist vorbei, zukünftig dürfe es keinerlei Zugeständnisse an die Lohnabhängigen mehr geben. Eine Koalition bürgerlicher Parteien mit der SPD, so wie sie zuletzt vom 13. August bis zum 2. November 1923 bestanden hatte, darf sich nicht wiederholen.³ Dass die Industriearbeiter vollkommen einverstanden damit sind, dass die KPD seit dem 23. November 1923 in die Illegalität gedrängt worden war, bedarf keiner Erwähnung. An jenem Tag hatte der Chef der Reichswehr, General Hans von Seeckt, dem der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert am 8. November „die vollziehende Gewalt“ in Deutschland übertragen hatte, das Verbot der Kommunistischen Partei und aller mit ihr verbundenen Organisationen ausgesprochen.⁴ Es galt bis zum 28. Februar 1924. Das Erscheinen der „Roten Fahne“ war bereits am 22. Oktober untersagt worden.

Für eine „gesunde Sozialpolitik“

In der Form konzilianter, in der Sache aber ebenso kompromisslos wie die Ausführungen Vöglers, ist der Vortrag Ernst von Borsigs.⁵ Er schlägt u.a. die endgültige Abkehr vom Achtstundentag und vor allem ein weitgehendes Verbot von Streiks vor: „Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik findet seine Grenze am Gemeinwohl. Im Übrigen dürfen nur gesetzliche Mittel bei der Durchführung des Streiks zugelassen sein. Die Verantwortlichkeit der Organisationen erfordert auch deren zivilrechtliche Haftung für daraus entstehende Schäden.“ Mit anderen Worten: Gewerkschaften könnten für Produktionsausfälle durch Arbeitsniederlegungen zum Schadenersatz herangezogen werden, was letztlich zum politischen Bankrott und zum finanziellen Ruin der Gewerkschaftsbewegung führen würde. Borsigs Bekenntnis zur Koalitionsfreiheit wirkt angesichts dessen als pure Heuchelei.

³ Sozialdemokratische Mitglieder der Reichsregierung waren Robert Schmidt (Vizekanzler), Wilhelm Sollmann (Innenminister), Rudolf Hilferding (Finanzminister) und Gustav Radbruch (Justizminister).

⁴ Siehe Dokumente zur deutschen Geschichte 1919-1923. Hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, Nr. 68, S.87.

⁵ Die Zitate stammen aus der Berichterstattung der „Vossischen Zeitung“ und des „Vorwärts“. Siehe Anmerkung 2.

Der SPD attestiert er „eine grundsätzlich feindliche Einstellung gegen das Unternehmertum“, polemisiert gegen Gewerkschaftsführer, mit denen man zwar zusammengearbeitet habe, deren „Auffassungen und Kampfweise“ aber unverändert geblieben seien. Leider gebe es auch unter bürgerlichen Politikern und Wissenschaftlern Stimmen, die den Arbeitgeberverbänden vorwerfen, „sozialpolitisch reaktionär“ zu sein. Ein Vorwurf, für dessen Berechtigung der Redner sogleich den Nachweis antritt. Borsig erklärt zwar großzügig die Bereitschaft der Arbeitgeberverbände, an einer „gesunden Sozialpolitik“ mitzuwirken. Er definiert diese Art der Sozialpolitik im Sinne des Subsidiaritätsprinzips jedoch folgendermaßen: „Staatliche Maßnahmen, staatliche Behörden und Institutionen sind nur im Falle des Versagens der Selbstverwaltung und der Freiwilligkeit und nur soweit der Staatszweck es verlangt, vorzuziehen.“ Die VgDA trete auch hier für den Gedanken der „Arbeitsgemeinschaft“ ein. Anders gesagt: Ein einklagbarer Rechtsanspruch der Lohnabhängigen auf soziale Unterstützung des Staates soll möglichst vermieden, stattdessen müssten freiwillige Vereinbarungen auf betrieblicher bzw. überbetrieblicher Ebene getroffen werden. Darüber, was mit derartigen „sozialen Ansprüchen“ geschähe, wenn z. B. ein Unternehmen in den Konkurs geht, der Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechselt oder er eine Tätigkeit in einer anderen Branche annimmt, darüber schweigt sich Borsig aus.

Borsigs „Parteispenden“

Beide Referenten auf der „Industrietagung“ sind nicht nur die Leiter großer Unternehmen, sondern auch in der Politik stark engagiert. Ernst von Borsig ist neben seiner Funktion als Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und als Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte (z. B. der Deutschen Bank) Mitglied der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und dort als Vorsitzender des „Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller“⁶ aktiv. Dieses weitgehend im Verborgenen agierende Gremium sorgt nicht zuletzt dafür, dass vor Wahlen reichlich „Spenden“ an die Partei fließen. Allerdings ist Borsig selbst

⁶ Zum „Arbeitsausschuss Deutschnationaler Industrieller“ siehe vor allem das Material in: Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 8005/52, 68 u. 217.

keineswegs allein auf die DNVP festgelegt. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen am 3. Mai 1924 überweist er insgesamt 35.850 Mark an die DNVP, an die vornehmlich industrielle Interessen vertretende Deutsche Volkspartei (DVP) und an den „Wahlfonds“ des vom ihm geleiteten „Verbandes Berliner Metall-Industrieller“.⁷ Schließlich wird auch ein „Industrieller Wahlfonds“ bedacht, der in Oberschlesien ihm genehme Kandidaten in das Parlament hieven soll. In der preußischen Provinz Oberschlesien, in der Stadt Hindenburg und ihrer Umgebung, befinden sich schließlich Kohlegruben, Hochöfen und Walzwerke des Borsig-Konzerns. Im Verlaufe des Jahres 1924 wird Borsig 96.200 Mark für die Unterstützung „industriefreundlicher“ Parteien und Verbände bei verschiedenen Wahlen und Abstimmungen aufwenden⁸, eine für damalige Verhältnisse sehr respektable Summe. Außerdem überweist der Arbeitsausschuss Deutschnationaler Industrieller „Spenden“ an den militaristischen Wehrverband „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“.⁹ Borsig gehört auch deshalb, ebenso wie sein ober-schlesischer Statthalter Karl Euling und Albert Vögler, zu den „Ehregästen“ der „Reichsfrontsoldatentage“ des „Stahlhelms“, wo er auf weitere Großindustrielle trifft.¹⁰ Borsig tritt als Parteipolitiker allerdings wenig in Erscheinung, er agiert lieber hinter den Kulissen.

Vöglers „Koalition nach rechts“

Anders Albert Vögler. Der Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG und Inhaber zahlreicher Aufsichtsrats-Mandate (darunter bei Siemens und Halske, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken sowie bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG) und künftige Vorstandsvorsitzende der im Januar 1926 gegründeten Vereinigten Stahlwerke, des größten

⁷ Siehe Werner Müller u. Jürgen Stockfisch: Borsig und die Demokratie (Dokumentation), in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Berlin, Heft 1/1967, S. 44.

⁸ Siehe ebenda.

⁹ Siehe BArch, R 72/36, Bl. 53.

¹⁰ Siehe ebenda, R/72/157, Bl. 76: Liste der Ehrengäste beim „12. Reichsfrontsoldatentag“ in Breslau, Mai 1931. Außer Ernst von Borsig und Albert Vögler zählten zu den eingeladenen Ehrengästen dieses Aufmarsches des „Stahlhelms“ aus den Kreisen der Großbourgeoisie u.a.: Rudolf Blohm (Mitinhaber der gleichnamigen Hamburger Großwerft), Ernst Brandi (Präsidiumsmitglied des RDI, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke), Emil Kirdorf (ehemals Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG), Fritz Thyssen (Präsidiumsmitglied des RDI, Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG), Wilhelm Cuno (Reichskanzler a.D., Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburg-Amerika-Linie HAPAG) und Hjalmar Schacht (ehemaliger Reichsbankpräsident).

schwerindustriellen Konzerns in Europa, zählte 1919 zu den Mitbegründern der DVP. Im gleichen Jahr wurde er in die Nationalversammlung gewählt, seit 1920 ist er Abgeordneter des Reichstages. Von Anfang an engagiert sich Vögler auf dem rechten Flügel seiner Partei. Taktische Kompromisse mit der SPD sind ihm ein Gräuel. Deshalb kämpft er 1923/24 vor allem gegen den Parteivorsitzenden der DVP und Außenminister Gustav Stresemann, in dem er den prominentesten Vertreter einer Zusammenarbeit mit der SPD zu erkennen glaubt. Originalton Vögler: Stresemann leugne „die ungeheuerliche Gefahr der Verseuchung der Wurzeln unserer nationalen Kraft durch den Marxismus“.¹¹

Am 12. März 1924, kurz vor der „Industrietagung“, gründet er, gemeinsam mit den Großindustriellen Friedrich Flick und Robert Hoesch sowie seinem Vorstandskollegen von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG Oskar Sempell, deshalb im Berliner Nobelhotel „Esplanade“ die „Nationalliberale Vereinigung“ innerhalb der DVP.¹² Zugegen sind ebenfalls der Reichstagsabgeordnete und Syndikus der Industrie- und Handelskammer zu Essen Reinhold Quaatz sowie Moritz Klönne, Mitinhaber eines großen Familienunternehmens, das zu den Weltmarktführern im Brückenbau zählt.

Bereits im Januar war auf Vöglers Initiative in der Reichstagsfraktion ein Antrag diskutiert worden, der „die Bekämpfung der Sozialdemokratie“ als zentrale Forderung beinhaltete und die Partei dazu aufrief, „eine Koalition aus der Mitte nach rechts“, also mit der DNVP und womöglich auch mit der faschistischen Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP), anzustreben.¹³ Stresemann war es allerdings gelungen, die Formulierungen des Vöglerschen Antrages abzuschwächen, indem eine Koalition mit der SPD nur für den Fall ausgeschlossen wurde, dass weiterhin die „linken Kräfte“ innerhalb der SPD die Partei dominieren würden. „Das taktische Zusammengehen mit der SPD“, so heißt es dort, „hat niemals etwas

¹¹ Zitiert nach: Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 306.

¹² Siehe ebenda, S. 312ff. u. vor allem: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Bearbeitet von Eberhard Kolb u. Ludwig Richter. Erster Halbband: 1918-1925, Düsseldorf 1999, S. 489ff.

¹³ Siehe Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, S. 308. Die Deutschvölkische Freiheits-Partei erzielte bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 6,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und erzielte 32 Mandate.

geändert an der grundsätzlichen Einstellung der Partei auf Bekämpfung der Sozialdemokratie, eine Bekämpfung, die den Grundsätzen des Parteiprogramms der DVP entspricht.“¹⁴

Bereits 1919/20 hatte Vögler übrigens versucht, zwischen den Deutschnationalen und der DVP auch eine organisatorische Einheit herzustellen, ein Versuch, der damals misslang. Das Projekt, eine rechte bürgerliche „Sammlungspartei“ zu schaffen, bleibt jedoch eine Konstante im politischen Kalkül Vöglers. Seine Aktivitäten, die DVP zu einer Partei umzuformen, in der für jedermann erkennbar nur noch die Interessen der Industrie ausschlaggebend sein würden, scheitern. Stresemann als Exponent der innerhalb der DVP einflussreichen mittelständischen Unternehmer und vor allem derjenigen Industriellen, die eine „feindliche Übernahme“ der Partei durch die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr befürchten, droht den Mitgliedern der „Nationalliberalen Vereinigung“ mit dem Parteiausschluss.

Außerdem: Wer will schon vorhersagen, dass nicht erneut eine Situation wie 1918/19 entstehen könnte, in der man auf die Zusammenarbeit mit reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführern angewiesen sein könnte? Aber auch in politisch weniger bewegten Zeiten erscheint es Stresemann und seinen Parteigängern durchaus sinnvoll, die SPD und die Gewerkschaften mit in die Verantwortung für die herrschende Politik einzubinden, zumal angesichts des von ihnen befürchteten wachsenden Einflusses der Kommunisten. Diese Auseinandersetzungen innerhalb der DVP spiegeln nicht zuletzt unterschiedliche ökonomische Interessenlagen, politische Konzeptionen und ideologische Präferenzen innerhalb der Bourgeoisie wider.¹⁵

Am Ende scheitert Vögler. Die „Nationalliberale Vereinigung“, die sich organisatorisch von der DVP gelöst hatte, erzielt bei den Reichstagswahlen am 3. Mai 1924 lediglich knapp 34.000 Stimmen.¹⁶ Auch seine Bestrebungen, im darauffolgenden Jahr zum Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gewählt zu werden,

¹⁴ Zitiert nach: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, S. 489f.

¹⁵ Siehe hierzu die außerordentlich materialreiche Darstellung von Bernd Weisbrod: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.

¹⁶ Siehe Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei, 1918-1933, S. 320.

scheitern. Immerhin gehört er aber, ebenso wie Ernst von Borsig, dem Präsidium des RDI an, diesem – nach dem zutreffenden Urteil des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Theodor Neubauer – „Gremium der wirklichen Beherrscher Deutschlands“.¹⁷

„Arbeitszeitverlängerung bedeutet Reallohnsteigerung“

Nur einen Tag nach der „Industrietagung“ in Berlin, am 28. März 1924, versendet die VgDA ein Rundschreiben an ihre Mitglieder.¹⁸ Sein Inhalt verdeutlicht, dass es sich bei den Ansprachen von Albert Vögler und Ernst von Borsig um keine Propagandareden handelte, sondern um die rhetorische Ouvertüre für kommende Klassenauseinandersetzungen. In dem von den beiden Geschäftsführern der VgDA, Fritz Tänzler und Hermann Meissinger, unterzeichneten Schriftstück, das schnell zur Kenntnis des sozialdemokratischen „Vorwärts“ gelangt¹⁹, wird ein Ende jeglicher Lohnerhöhungen auf absehbare Zeit einfordert. Jeder Pfennig Lohnerhöhung, so heißt es hier, würde die Industrie mit 500 Millionen Mark zusätzlicher Kosten belasten. Im Mittelpunkt aller Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Tarifpolitik müsste die Stabilität der neuen Währung, der Rentenmark, stehen. Geradezu absurd mutet die Behauptung an, die Reallöhne seien im Vergleich zur Zeit vor der Inflation angeblich um 100 Prozent gestiegen, allein in den vier Monaten seit November 1923 um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent. Um die vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen, sei es nötig, „durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umsatz zu steigern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes“. Und weiter: „Die Arbeitgeberverbände tragen ihrer besonderen Verantwortung Rechnung, wenn sie sich im Interesse der Allgemeinheit gegen ein neues gegenseitiges Hinauftreiben des Lohn- und Preisniveaus infolge einer falschen Lohnpolitik der Gewerkschaften wenden.“

¹⁷ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 426, 4. Wahlperiode, 1928/30, Sitzung vom 13.12.1929, S.3544B

¹⁸ Das „Rundschreiben“ ist vollständig abgedruckt in: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924-1930. Halbband II. Bearbeitet von Horst-A. Kukuck u. Dieter Schiffmann, Köln 1986 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 3/II), Dokument 6a, S. 168ff. Daraus stammen auch die folgenden Zitate.

¹⁹ Siehe Arbeitgeber und Reichsregierung. Aus den Geheimdokumenten des Unternehmertums, in: Vorwärts, Nr. 158, Abend-Ausgabe, 2.4.1924, S. 1f.

Besonders zynisch beantwortet die VgDA die Begründung der Gewerkschaften für die Notwendigkeit einer deutlichen Anhebung der Löhne, weil mit dem bevorstehenden Ende der Wohnungszwangswirtschaft die Mieten freigegeben werden und sie damit deutlich ansteigen würden. Im „Rundschreiben“ heißt es hierzu: „Es muss darauf hingewiesen werden, dass je nach Inhalt der Mietverträge für Werkwohnungen die Auswirkung der Mietsteigerung für zahlreiche Arbeiter verschieden ist, und dass große Teile der Arbeiterschaft eigene Häuschen haben und deshalb in ihrem realen Einkommen von einer Erhöhung der Mieten nicht beeinträchtigt werden, zum Teil sogar infolge Weitervermietung Gewinnvorteile finden.“

Für die Großindustriellen ist es vorteilhaft, dass die Vertreter der Reichsregierung in ihren Ansprachen auf der „Industrietagung“ reichliche Anknüpfungspunkte für die zitierten Anschauungen der VgDA boten. Vor allem Reichskanzler Marx hatte mit der These vom absoluten Vorrang der Währungsstabilität vor allen anderen wirtschaftspolitischen Zielen sowie mit seinem dramatischen Schlussappell „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ den Großindustriellen die Munition für ihre Argumente zugunsten eines auf längere Zeit durchzusetzenden Lohnstopps geliefert.²⁰ Die im „Rundschreiben“ der VgDA enthaltenen tarif- und sozialpolitischen Ziele müssen als offene Kampfansage an die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, als die Konkretion der in den Referaten von Albert Vögler und Ernst von Borsig auf der „Industrietagung“ formulierten Aussagen verstanden werden.

Vögler, Borsig und...Herr Hitler

Am 27. März 1924, als in der Berliner Kroll Oper die „Industrietagung“ stattfindet, bietet sich in Bayern ein denkwürdiges Schauspiel. Das „Volksgericht“ in München hört das Schlusswort eines gewissen Adolf Hitler, der sich mit seinen Spießgesellen wegen des Putschversuchs am 9. November 1923 („Bürgerbräuputsch“) verantworten muss. Das Urteil lautet schließlich auf 5 Jahre

²⁰ Siehe Reichskanzlerrede auf dem Industrietag, in: Vossische Zeitung, Nr. 149, Abend-Ausgabe, 27.3.1924, S. 3.

Festungshaft. Bereits am 20. Dezember 1924 verlässt Hitler allerdings „auf Bewährung“ die Haftanstalt in Landsberg am Lech.²¹

Was dies mit der „Industrietagung“ zu tun hat? Nun, kein Geringerer als Ernst von Borsig hatte bereits 1922 die persönliche Bekanntschaft Hitlers gesucht, als dieser im „Nationalen Club“ in Berlin hinter verschlossenen Türen einen Vortrag hielt.²² In einem Schreiben des damaligen Privatsekretärs von Borsigs, Dr. Fritz Detert, an dessen Sohn vom 23. Oktober 1937 lesen wir u.a.: „Ihr Herr Vater war durch das Erlebnis dieses Abends so stark gepackt, dass ich von ihm den Auftrag erhielt, mich mit Adolf Hitler in Verbindung zu setzen und mit ihm darüber zu sprechen, mit welchen Mitteln die Bewegung nach Norddeutschland, insbesondere nach Berlin, ausgedehnt werden könnte. Dem Wunsch Ihres Herrn Vaters nach einer direkten Aussprache unter vier Augen kam Hitler bereitwillig nach, wir trafen uns im damaligen ‚Rheingold‘, Potsdamer Straße.“²³ Borsig verstarb am 193 allerdings zu früh, um noch die Segnungen des „Dritten Reiches“ für seinesgleichen erleben zu können.

Und Albert Vögler? Er zählte schließlich im November 1932, auf dem Höhepunkt der ökonomischen und politischen Krise, zu den industriellen Fürsprechern des Faschistenführers. Er ließ dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zwar mitteilen, er habe die an ihn gerichtete Industrielleneingabe mit der Bitte, Hitler zum Reichskanzler zu berufen, nicht unterzeichnet. Aber nur deshalb, weil er öffentlich nicht hervortreten wolle. Er stehe aber „grundsätzlich voll und ganz auf dem Boden“ dieser Petition.²⁴

²¹ Siehe Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker: Adolf Hitler: Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 93ff., bes. 98ff.

²² Das genaue Datum lässt sich wohl nicht mehr feststellen. Hitler hatte am 29.5.1922 im kleinen Kreis eine Aussprache mit führenden Mitgliedern des Klubs. Anfang Juni (5. oder 12.6.1922) hielt er dann Vorträge vor einem großen Auditorium. Das Gespräch mit Ernst von Borsig dürfte also wahrscheinlich kurz nach diesem Vortragsabend stattgefunden haben. Siehe hierzu Hitler – Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, Nr. 330, S. 310 (Besprechung im Nationalen Klub 1919, 8.12.1921) u. Nr. 387, S. 642f. (Rede vor dem Nationalen Klub 1919, 29.5.1922). Siehe auch Joachim Petzold: Nationalklub (NK), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. 3, Leipzig 1985, S. 399ff. Zum Beirat des Nationalklubs Berlin gehörte übrigens auch Albert Vögler.

²³ Zitiert nach: Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1984, S. 345.

²⁴ Zitiert nach: Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht. Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 2. Auflage, Köln 1971, S. 71f. Zum Gesamtzusammenhang siehe Reiner Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der „Keppler-Kreis“ und die NSDAP. Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933, hrsg. von der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Wuppertal o.J. (2012).

Und tatsächlich musste im März 1924 allen Zuhörern in der Krolloper klar sein, dass die von ihnen mit reichlich Applaus bedachten Forderungen Vöglers und von Borsigs wohl kaum im Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie realisiert werden konnten. Zumindest die Öffnung hin zu einem autoritären Regime, die weitgehende politische Entmachtung der revolutionären wie reformistischen Arbeiterbewegung und die Orientierung der staatlichen Gewalten auf die kompromisslose Realisierung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals standen jetzt zur Diskussion. Dabei wurde noch über unterschiedliche Konzepte und Rezepturen nachgedacht: An die Errichtung einer Militärdiktatur durch die Reichswehr; das Regieren mit Notverordnungen des Reichspräsidenten; die Konstituierung eines faschistischen Regimes nach dem Modell Benito Mussolinis oder die Aufrichtung eines „Ständestaates“. Aber noch war die Zeit für die Realisierung derartiger Pläne nicht herangereift.

Eines allerdings war 1924 undenkbar: Eine Machtübertragung an die noch ungefestigte und über nur geringen Einfluss verfügende Nazibewegung stand außerhalb des politischen Kalküls der Industriellen und Bankiers. Sie wurde erst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise für die Großbourgeoisie in wachsendem Maße interessant.

Die entscheidende Botschaft des 27. März 1924 lautete aber: Die Herren der Großindustrie haben die Weimarer Republik innerlich nicht akzeptiert. Sie werden die erste Gelegenheit nutzen, in der Fabrik, im Kontor und im Staat ihren „Herr-im-Hause-Standpunkt“ rigoros durchzusetzen. Koste es, was es wolle.